



>>> SEGEBERG UND STORMARN

Bericht aus Berlin

01/2018

AKTUELLES DER WOCHE

Berlin, 2. Januar 2018

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir stehen mitten in den Koalitionsverhandlungen mit der SPD. Die erzielten Ergebnisse der Sondierungsgespräche sind dabei Ausgangspunkt und roter Faden. Bereits fest Vereinbartes werden wir nicht mehr aufgeben, es wird nur in Punkten ergänzt und erläutert. Eine gute Regierungsführung und eine erfreuliche wirtschaftliche Entwicklung geben uns die nötigen finanziellen Spielräume, um unser Land weiter voranzubringen und zu modernisieren. Dabei steht das Thema Digitalisierung ganz vorne. Aber auch die Bereiche innere und soziale Sicherheit, Infrastruktur, Bildung und Familie werden fokussiert.

Wir haben uns den zeitlichen Rahmen für die Gespräche eng gesetzt und wollen am Ende der laufenden Woche die Verhandlungen zu einem erfolgreichen Abschluss bringen. Wir wissen, es ist höchste Zeit, dass wir eine stabile Regierung für unser Land bilden und wieder als verlässlicher Ansprechpartner für unsere Freunde und Partner im Ausland zur Verfügung stehen.

Als frisch gewählter Sprecher der Arbeitsgruppe Petitionen gehöre ich dem Fraktionsvorstand an und kann so direkten Einfluss auf die Leitlinien der Fraktion nehmen. Die Belange unseres schönen Schleswig-Holsteins habe ich dabei fest im Blick.

Ihr 

IMPRESSUM

Verantwortlich i.S.d.P.
für diese Seite:
Gero Storjohann **MdB**
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. (030) 227- 77762
Fax (030) 227- 76762
gero.storjohann@bundestag.de
Internet: www.gero-storjohann.de



Foto: © Fotolia.com – Andreas Gruhl

Familiennachzug bei subsidiär Geschützten: Keine weitere Zuwanderung

So wie in den Sondierungsgesprächen mit der SPD vereinbart, bleibt der Familiennachzug zu dem Personenkreis der subsidiär Schutzberechtigten zunächst ausgesetzt.

Ab 1. August 2018 wird der Zuzug der Kernfamilie aus humanitären Gründen im Umfang von maximal 1.000 Personen im Monat zugelassen. Für besondere Einzelschicksale gilt wie bisher eine Härtefallregelung. Im Gegenzug entfällt die Aufnahme von – wie bisher – monatlich 1.000 Flüchtlingen aus Griechenland und Italien. Es gibt damit nicht mehr Zuwanderung nach Deutschland. Das war unser Ziel. Wir haben mit den Sozialdemokraten hart um diese Regelung zur Begrenzung der Zuwanderung gerungen. Mit der Einigung wurde auch eine wichtige Hürde im Rahmen der Koalitionsverhandlungen genommen. Wir haben unser Regelwerk zur Migration durchgesetzt, weil CDU und CSU geschlossen gehandelt haben.

Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus

Am 27. Januar 1945 wurde das deutsche Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz durch die Rote Armee befreit. In dieser Sitzungswoche begingen wir wie jedes Jahr diesen Gedenktag in Erinnerung an das Menschheitsverbrechen der Shoah, das von deutschem Boden ausging. Immer noch haben wir Antisemitismus in unserem Land zu beklagen. Wir stehen an der Seite aller Menschen jüdischen Glaubens und werden nicht zulassen, dass diese heute wieder vermehrt um ihre Sicherheit in Deutschland fürchten müssen.

Jahreswirtschaftsbericht 2018

Der Bericht der Bundesregierung „Wirtschaftlich gestärkt in die Zukunft“ prognostiziert auch für 2018 ein anhaltend starkes Wirtschaftswachstum. Der Aufschwung wird breit getragen von Binnenkonsum, Außenhandel und zuletzt auch durch einen starken Anstieg der Investitionen.

Mehr Deutsche profitieren von Pflegeleistungen

Seit rund einem Jahr gilt der neue Pflegebedürftigkeitsbegriff sowie das damit einhergehende neue Verfahren zur Einstufung von pflegebedürftigen Menschen, durch das insbesondere Demenz- und psychische Erkrankungen stärkere Berücksichtigung finden. Wie der Medizinische Dienst des Spitzenverbandes Bund der Krankenkassen bekannt gab, stieg die Zahl der Versicherten 2017 im Vergleich zum Vorjahr um rund 304.000. Die Geschäftsführung des Vereins wertete dies als Nachweis eines verbesserten Zugangs zu den Leistungen der Pflegeversicherung. Die Gutachter des Medizinischen Dienstes begutachteten im vergangenen Jahr insgesamt über 1,6 Mio. Versicherte nach dem neuen Verfahren. 1,4 Mio. davon wurden in einen der fünf neuen Pflegegrade eingestuft.

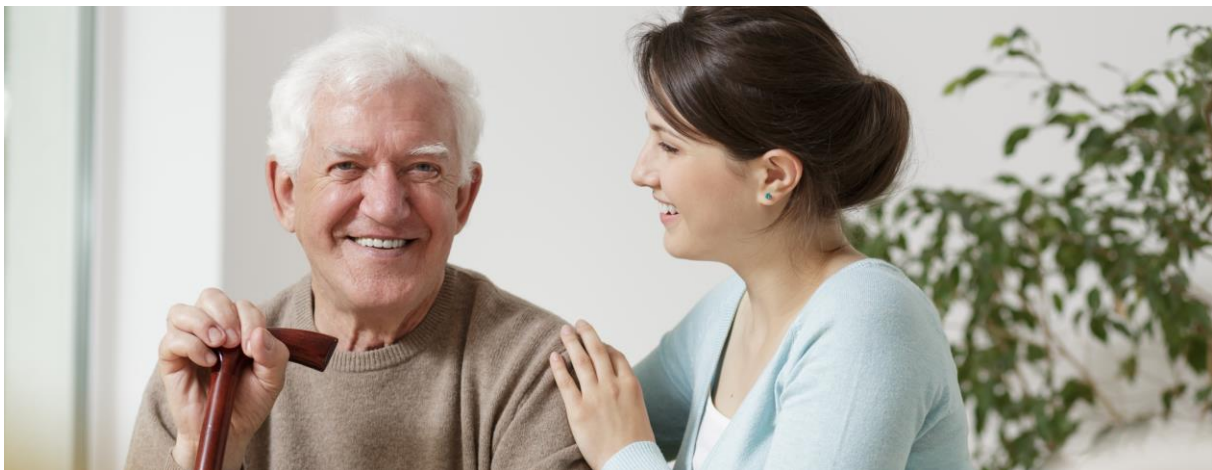


Foto: © fotolia.com – Photographee.eu

TERMINAUSWAHL

03.02.	09:30	Neujahrsempfang der Kreishandwerkerschaft Mittelholstein, Bad Segeberg
04.02.	18:00	Vorstandssitzung der CDU Seth
05.02.	11:00	Jahresempfang 2018 der Deutschen Bundesbank, Hamburg
10.02.	10:00	Parteitage zur Europawahl und zur Kommunalwahl des CDU Stormarn, Bad Oldesloe
11.02.	10:30	Mitgliederversammlung und Kandidatenaufstellung der CDU Seth zur Kommunalwahl, Seth



Die CDU/CSU-AG Petitionen stellt sich vor

Vorsitzender: Gero Storjohann

Stellvertretender Vorsitzender: Andreas Mattfeldt

Mitglieder: Marc Biadacz, Heike Brehmer, Jens Lehmann, Paul Lehrieder, Bernhard Loos, Andreas Mattfeldt, Josef Oster, Sabine Weiss

Der direkte Weg ins Parlament

Die Zeitumstellung abschaffen? Fahrtkosten zum Arzt erstatten lassen? Unseren Soldaten im Auslandseinsatz Videotelefonate nach Hause ermöglichen? Mit solchen Fragen, Problemen oder Anregungen wenden sich Jahr für Jahr tausende Menschen an den Petitionsausschuss. Eine gute Entscheidung, denn Eingaben an das Parlament wirken. Gemäß Artikel 17 des Grundgesetzes hat jeder das Recht, sich mit Bitten und Beschwerden an den Bundestag zu wenden. Die Arbeitsgruppe Petitionen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion nimmt sich dabei jedem Anliegen an und schafft Abhilfe, wann immer es möglich ist.

Um sicherzugehen, dass das Petitionsrecht von jedem problemlos in Anspruch genommen werden kann, gibt es nur wenige Kriterien, die eingehalten werden müssen: Die Petition muss schriftlich und leserlich mit einer Unterschrift per Post oder Fax geschickt oder über das Onlineformular auf der Internetseite des Petitionsausschusses eingereicht werden (unter: <https://epetitionen.bundestag.de>).

Mehr als 50 Petitionen gehen täglich beim Deutschen Bundestag ein, knapp die Hälfte kann im weiteren Sinne positiv erledigt werden. Einige Eingaben lassen sich dabei durch Rat und Auskunft klären, andere Eingaben wiederum werden der Bundesregierung mit der Bitte übermittelt, die Inhalte in Gesetzgebungsprozesse einzubeziehen.

Falls nötig, machen sich die Abgeordneten in Ortsterminen ein konkretes Bild über die Inhalte der Petitionen, wie z.B. über Verkehrssituationen in einzelnen Kommunen. Außerdem setzen sich die Mitglieder der Arbeitsgruppe in so genannten Berichterstattergesprächen für die Belange der Bürger ein. Unzählige haben die Abgeordneten in der vergangenen Wahlperiode geführt und gemeinsam mit der Bundesregierung nach Lösungen im Interesse der Petenten gesucht.

Überblick über die Positionen der AG Petitionen

Erstens bietet der Petitionsausschuss – anders als Angebote privater „Petitions“-Plattformen im Internet – eine Dreifach-Garantie. Eingaben an den Deutschen Bundestag werden garantiert angenommen, geprüft und durch das Parlament beschieden.

Zweitens genießt jede Petition den gleichen Stellenwert. Maßgebend für die Arbeit der CDU/CSU-Arbeitsgruppe ist allein der Inhalt, was bedeutet: Jede Petition hat die gleichen Chancen. Für die Prüfung und Entscheidung ist nicht ausschlaggebend, ob die Eingabe veröffentlicht wurde oder nicht oder ob es sich um eine Einzel- oder Massenpetition handelt. Der AG ist es wichtig, dass ein Petent gerade nicht Tausende von Mitstreitern benötigt, um erfolgreich für eine Sache zu werben.

Drittens haben die Petenten ein Anrecht auf eine zeitnahe und fundierte Antwort. Die Arbeitsgruppe setzt sich dafür ein, dass über die Eingaben zügig entschieden und das Verfahren im Rahmen der Möglichkeiten beschleunigt wird. Für die Union steht jedoch der Grundsatz „Klasse statt Masse“ an erster Stelle. Denn gerade die Qualität der Bearbeitung von Petitionen unterscheidet das parlamentarische Petitionswesen von privaten Angeboten.



Gero Storjohann
Mitglied des Deutschen Bundestages

Pressemitteilung

Gero Storjohann zum Vorsitzenden der Arbeitsgruppe Petitionen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gewählt

Berlin, 30. Januar 2018

Gero Storjohann MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Büro: Wilhelmstraße 65
Telefon: +49 30 227- 77762
Fax: +49 30 227- 76762
gero.storjohann@bundestag.de

Privat:

Hauptstraße 23 a
23845 Seth
Telefon: +49 4194-98233
www.gero-storjohann.de

Vorsitzender der Arbeitsgruppe
Petitionen der CDU/CSU-
Bundestagsfraktion



Berlin. – In der gestrigen Fraktionssitzung ist Gero Storjohann zum Vorsitzenden der Arbeitsgruppe Petitionen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gewählt worden. Der Wahlkreisabgeordnete für Segeberg – Stormarn-Mitte gehört somit künftig dem Fraktionsvorstand an, in dem die politischen Leitlinien der CDU/CSU-Bundestagsfraktion abgestimmt werden.

214 der 227 Stimmen entfielen bei der Wahl zum Vorsitzenden der Arbeitsgruppe Petitionen am Montagnachmittag auf Gero Storjohann, was einem Zustimmungswert von starken 96,8 Prozent entspricht.

Als Mitglied des Fraktionsvorstandes wird Storjohann künftig deutlich mehr Einfluss im bundespolitischen Berlin erhalten. „Als Sprecher der Arbeitsgruppe Petitionen gehöre ich dem Fraktionsvorstand an. Dort koordinieren sich unter Leitung des Fraktionsvorsitzenden Volker Kauder die einzelnen Arbeitsgruppenvorsitzenden und stimmen die Fachpolitik der einzelnen Sachbereiche mit der allgemeinen Fraktionslinie ab. Dort kann ich direkten Einfluss auf die Leitlinien der Fraktion nehmen“, erklärt Storjohann.

Insbesondere die Belange Schleswig-Holsteins will der Wahlkreisabgeordnete für Segeberg – Stormarn-Mitte dabei im Blick haben.

Storjohann, der seit 2002 dem Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages angehört und von 2005 bis 2017 stellvertretender Ausschussvorsitzender war, hat bereits klare Vorstellungen, welche Schwerpunkte er künftig im Arbeitsbereich Petitionen setzen will:

„Ich lege besonderen Wert darauf, dass jeder Eingabe in diesem Ausschuss der gleiche Stellenwert beigemessen wird. Ausschlaggebend für eine positive Entscheidung ist die Relevanz des Petitions und nicht die Anzahl der Unterstützer.“

Auch angesichts der wachsenden Popularität privater Petitionsplattformen im Internet, wie etwa OpenPetition.de, Change.org oder Avaaz.org sieht Gero Storjohann Aufklärungsbedarf:

„Die Bitten und Beschwerden der Bürger gehören in den Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages. Im Gegensatz zu privaten Plattformen im Internet bietet das Parlament allen Petenten eine Dreifachgarantie: Jede Eingabe wird angenommen, geprüft und beschieden. Wem sein Anliegen wichtig ist, sollte sich daher an das Parlament wenden und nicht an private Anbieter.“

Diese Pressemitteilung

- *Umfasst 281 Wörter*
- *enthält 2.297 Zeichen (mit Leerzeichen)*

Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an

Jonathan Berger

Büro Gero Storjohann MdB,

Platz der Republik 1,

11011 Berlin,

Telefon 030 - 22 77 77 62,

Telefax 030 - 22 77 67 62,

E-Mail: gero.storjohann@bundestag.de.